

Protokoll

Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses

Sitzung: Freitag, 25.10.2024

Ort: BraWoPark Business Center III - Konferenzräume 2-4, Willy-Brandt-Platz 13,
38102 Braunschweig

Beginn: 15:01 Uhr

Ende: 19:19 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE

Herr Gordon Schnepel - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Dr. Volker Garbe - Bürgermitglied

Herr Wilfried Kluth - Bürgermitglied

Frau Barbara Räder - Bürgermitglied

Herr Manfred Weiß - Bürgermitglied

Herr Dennis Zellmann - Bürgermitglied

Frau Dr. Natalie von Kaehne - Bürgermitglied

Herr Stefan Lange - vom Vorstand des Behindertenbeirates
bestimmter Vertreter

Frau Heiderose Wanzelius - vom Umweltzentrum benannte
Vertreterin der Umweltverbände

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Michael Loose - Fachbereichsleiter FB 67

Frau Kirsten Lewandowski - Verwaltung

Herr Thomas Gekeler - Fachbereichsleiter FB 68

Frau Merle Spanuth - Verwaltung

Frau Manina Herden - Verwaltung

Herr Thorsten Kriwet - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Entschuldigt

Herr Mathias Möller - FDP

Entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.08.2024
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Umsetzungsstand IKSK 2.0 - Jahresbericht 2024 24-24336
 - 3.2 Förderung des Eremiten im Naturschutzgebiet "Riddagshausen",
zugleich FFH-Gebiet 366 "Riddagshäuser Teiche" 24-24465
 - 3.3 Sachstand der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners
("EPS") in Braunschweig 24-24510
 - 3.4 Sachstandsbericht zur Umsetzung des betrieblichen Mobilitätskon-
zepts sowie Auswertung der Fahrzeugpool-Nutzung 24-24535
- 4 Anträge
 - 4.1 Spendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig" 24-24483
 - 4.2 Patenschaft für Baumscheiben 24-24468
- 5 Doppelhaushalt 2025/2026 - Investitionsprogramm 2024-2029 zu
dem Teilhaushalt des Fachbereichs 67 24-24507
 - 5.1 Doppelhaushalt 2025/2026 - Investitionsprogramm 2024-2029 zu
dem Teilhaushalt des Fachbereichs 67 24-24507-01
- 6 Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 zu
den Teilhaushalten des Fachbereichs 68 Umwelt und des Referats
0680 Grün- und Freiraumplanung 24-24463
 - 6.1 Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 zu
den Teilhaushalten des Fachbereichs 68 Umwelt und des Referats
0680 Grün- und Freiraumplanung 24-24463-01

7	Fortschreibung Landschaftsrahmenplan der Stadt Braunschweig	24-24147
8	Einführung einer Klimawirkungsprüfung ("Klima-Check")	24-24424
9	Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem "Förderverein Riddagshausen - Naturschutz und Bürgerschaft e.V." sowie Annahme einer Zuwendung	24-24451
10	Anfragen	
10.1	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jonas eröffnet die Sitzung und stellt nach der Begrüßung fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses somit gegeben ist.

Es werden keine Dringlichkeitsanfragen eingebracht.

Änderungen zur Tagesordnung werden nicht eingebracht. Es liegt eine Einwohneranfrage vor.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt im Anschluss über die Tagesordnung abstimmen. Die Tagesordnung wird bei einer Enthaltung angenommen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.08.2024

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas fragt nach Ergänzungen zum Protokoll der Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses vom 29.08.2024. Es werden keine Ergänzungen eingebracht.

Das Protokoll wird zur Abstimmung gestellt und unverändert bei einer Enthaltung und keinen Gegenstimmen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

3. Mitteilungen

3.1. Umsetzungsstand IKS 2.0 - Jahresbericht 2024 24-24336

Herr Gekeler führt ausführlich in die Mitteilung ein und stellt wesentliche Inhalte vor.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche nimmt ab 15:13 Uhr an der Sitzung teil.

Ratsfrau Mundlos erkundigt sich nach einigen Aspekten der städtischen Lastenradförderung, Ratsfrau Arning nach Taktreduzierungen des ÖPNV in Volkmarode.

Protokollnotiz: Die Beantwortung der Fragen der Ratsfrauen Mundlos und Arning erfolgte in Form einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen (DS-Nr. 24-24599).

Ratsherr Schnepel äußert den Vorschlag, Ist-Soll-Vergleiche in das Berichtswesen zum IKS 2.0 aufzunehmen (Beispiel: Zuwachs an Photovoltaik).

Die Fragen von Frau Wanzelius zur doppelten Innenstadtentwicklung, zur Bahnstadt sowie zum Baubeschleunigungsgesetz werden zuständigkeithalber an Dezernat III weitergeleitet und als Protokollnotiz beantwortet.

Protokollnotiz:

Frage 1. Wie wird bei der doppelten Innenentwicklung (Maßnahme 2.1.2) sichergestellt, dass durch die zusätzlich verdichtete Bauweise die Themen urbanes Grün und Stadtklima berücksichtigt werden? Wie wird ein reduzierter Flächenverbrauch bei der Bauweise der Innenstadtverdichtung gewährleistet?

Die Themen Urbanes Grün und Stadtklima werden bei allen städtebaulichen Planungen berücksichtigt, egal ob es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung oder um eine Planung am Stadtrand handelt. Diese Themen sind für eine nachhaltige Stadtentwicklung unerlässlich und können aufgrund des Klimawandels nicht unbehandelt bleiben.

Darüber hinaus ist die Innenentwicklung per se eine Maßnahme, um mit den bestehenden Ressourcen sparsam umzugehen und für z.B. dringend benötigten Wohnraum keine landwirtschaftlichen Flächen oder Grünland in Anspruch zu nehmen und um die bestehende Infrastruktur besser nutzen zu können.

Auf die Umsetzung von Maßnahmen zu diesen beiden Themen (wie Begrünungen von Fassaden, Dächern oder Plätzen sowie Regenwasserversickerungen etc.) wird jeweils gebietsspezifisch reagiert.

Frage 2. Wie kann bei der Bahnstadt ein Goldstandard DGNB zertifiziert werden, wenn bei dieser geplanten Bebauung Versiegelung hinzukommt und Kaltluftschneisen zugebaut werden?

Die Zertifizierung nach DGNB erfolgt nicht durch die Stadt, sondern durch einen bestellten Gutachter, der die vorgesehene städtische Planung bewertet. Im Bahnhofsquartier als Teil der Bahnstadt wurde von der DGNB ein Goldzertifikat vergeben, da in diesem Baugebiet Flächen entsiegelt werden sollen und sich die Stadt zu verschiedensten Maßnahmen des nachhaltigen Bauens verpflichtet.

Zudem sind im Bahnhofsquartier Parkerweiterungen und mehrere neue Parkflächen geplant. Durch den Bebauungsplan werden daher keine zusätzlichen erheblichen Eingriffe in Naturhaushalt und Orts-/Landschaftsbild vorbereitet. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft als Ausgleich für Eingriffsfolgen des Bebauungsplanes werden insofern nicht erforderlich.

Darüber hinaus sieht die Planung die Begrünung von Dachflächen und die Substratüberdeckung von Tiefgaragen vor. Es ist geplant, dass das - auf den Verkehrs- und Grünflächen als auch das in den Baugebieten - anfallende Regenwasser vollständig lokal zurückgehalten, verdunstet oder versickert wird. Damit kann der Wasserhaushalt natürlichen Verhältnissen angenähert und die Grundwasserneubildung verbessert werden. In einem klimaökologischen Gutachten wurden diverse Planungshinweise gegeben, die bereits berücksichtigt wurden (Öffnung der Gebäudekubatur im geplanten Baublock am südlichen Parkrand, um den Zufluss von kühlen Luftströmungen aus der Parkanlage Viewegsgarten auf die stark versiegelten Flächen des Bahnhofsvorplatzes zu verbessern; Pflanzung von Bäumen; Begrünung der Innenhöfe; Gebäudebegrünung) oder im weiteren Planungsprozess noch beachtet werden

(Herstellung von Wasserflächen, Brunnenanlage, Wasserspielplatz).

Es sei wiederholt darauf hingewiesen, dass im Planungsgebiet selbst keine Kaltluftleitbahnen liegen. Diese müssen immer mit einem vorgelagertem Kaltluftentstehungsgebiet gekoppelt sein, dass es in diesem Bereich der Stadt nicht gibt.

Frage 3. Es wird um eine Einschätzung hinsichtlich des Baubeschleunigungsgesetz gebeten, welches alte Bebauungs-Pläne außer Kraft setze. Ist zu befürchten, dass erarbeitete Umweltstandards nunmehr umgangen werden könnten und wie Entsiegelungsquoten in den Baugebieten sichergestellt werden?

Die Frage wird dahingehend verstanden, dass mit dem „Baubeschleunigungsgesetz“ der Gesetzesentwurf zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung gemeint ist. Es handelt sich dabei um einen Gesetzesentwurf. Eine Neuregelung hat zum Ziel, mit befristeten Sonderregelungen den Wohnungsbau in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt zu erleichtern.

Weder mit dem Gesetzesentwurf noch mit den bestehenden Gesetzen, die in Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten zur Anwendung kommen können (§ 31 Abs.3 BauGB, § 34 Abs.3a BauGB), werden Bebauungspläne außer Kraft gesetzt. Die zusätzlich geschaffenen Möglichkeiten gelten allein für den Wohnungsbau. Die Möglichkeiten zur Erleichterung des Wohnungsbaus werden als Kann-Vorschrift ausgeführt. Abweichungen müssen die Würdigung nachbarlicher Interessen berücksichtigen und mit den öffentlichen Belangen vereinbar sein. Insofern steht nicht zu befürchten, dass mit den Gesetzen erarbeitete Umweltstandards umgangen werden.

Der Gesetzesentwurf sieht auch die Aufnahme eines Versiegelungsfaktors in die Baunutzungsverordnung vor. Damit soll die Versiegelung von Grundstücken in Bebauungsplänen gesteuert werden. Der im Prinzip zu unterstützende Ansatz erscheint diesseits allerdings noch nicht praxisgerecht. Die Verwaltung befürchtet hier Auslegungsschwierigkeiten in der Genehmigungspraxis und sieht noch Unstimmigkeiten mit der etablierten Festsetzung einer Grundflächenzahl (GRZ).

Ratsfrau von Gronefeld erkundigt sich nach dem Umsetzungsstand der kommunalen Wärmeplanung und dem Fernwärmeausbau in Zusammenarbeit mit BS Energy. Herr Gekeler hält eine Mitteilung im Laufe des nächsten Jahres an den Umwelt- und Grünflächenausschuss für realistisch, da derzeit noch nicht alle Daten in ausreichender Qualität vorliegen. Eine Zielerreichung bei der Maßnahme vor 2035 sei unwahrscheinlich. Stadtrat Herlitschke ergänzt auf weitere Nachfrage, dass ein vorläufiges Veröffentlichen von Quartiersplänen pro Stadtbezirk zum Fernwärmeausbau zu Missverständnissen führen könnte, weshalb davon abgesehen wird.

Auf die Kritik des Ausschussvorsitzenden Ratsherren Jonas zur Kürzung der Haushaltsmittel für den weiteren Ausbau des Ringgleises betont Stadtrat Herlitschke den Freizeitweg-Charakter, gibt einen aktuellen Sachstand zu der Maßnahme und ordnet sie in den Kontext des IKS 2.0, der Bahnstadt sowie den gesamtstädtischen Haushalt ein.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24336 wurde zur Kenntnis genommen.

3.2. Förderung des Eremiten im Naturschutzgebiet "Riddagshausen", 24-24465 zugleich FFH-Gebiet 366 "Riddaghäuser Teiche"

Herr Gekeler führt in die Mitteilung ein und setzt die Maßnahmen in Kontext.

Auf die Rückfragen des Ausschussvorsitzenden Ratsherren Jonas erläutert Herr Gekeler, dass die Maßnahmen unter anderem die Nachpflanzung von Solitärreichen beinhalten. Er betont, dass das Absterben von Alteichen für den Eremiten als Totholz-fressendes Insekt

erst einmal nicht schädlich ist, solange Nachpflanzungen erfolgen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24465 wurde zur Kenntnis genommen.

3.3. Sachstand der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners ("EPS") in Braunschweig 24-24510

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung.

Auf die Anregung von Ratsherren Wendt erläutert Herr Loose, dass es aufgrund der dynamischen Bestandsentwicklung und den häufigen Änderungen nicht praktikabel ist, Karten mit befallenen Bäumen zu veröffentlichen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24510 wurde zur Kenntnis genommen.

3.4. Sachstandsbericht zur Umsetzung des betrieblichen Mobilitätskonzepts sowie Auswertung der Fahrzeugpool-Nutzung 24-24535

Herr Loose führt ausführlich in die Mitteilung ein, welche den aktuellen Sachstand zum betrieblichen Mobilitätskonzept darlegt, an deren Umsetzung das städtische Fuhrparkmanagement in den letzten Jahren intensiv gearbeitet hat.

Protokollnotiz: Herr Gekeler ist von 16:01 bis 16:04 Uhr abwesend. Frau Spanuth ist von 16:03 bis 16:22 Uhr abwesend.

Auf die Rückfrage von Ratsfrau Mundlos stellt Herr Loose klar, dass zurzeit nicht geplant ist Parkplätze auf dem Rathausinnenhof umzuwidmen. Aus fachlicher Sicht wird lediglich festgestellt, dass für das betriebliche Mobilitätsmanagement die zur-Verfügung-Stellung eines weiteren Parkplatzes empfehlenswert ist.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Zellmann ist von 16:06 bis 16:09 Uhr abwesend.

Auf die weitere Nachfrage von Ratsfrau Mundlos erläutert Stadtrat Herlitschke, dass keine größeren Umbaupläne für den Rathausinnenhof bestehen und dementsprechend keine Frauenparkplätze eingerichtet werden.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24535 wurde zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Spendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig" 24-24483

Ratsherr Schnepel bringt den Antrag ein, verweist auf den Erfolg des bereits bestehenden Baumspendenprogramms „Mein Baum für Braunschweig“ und bittet um Zustimmung.

Ratsfrau Mundlos unterstützt den Antrag, bittet aber bei der Standortauswahl eventuell missbräuchliche Nutzungen und Vandalismus zu berücksichtigen. Stadtrat Herlitschke betont mit Verweis auf die Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau, dass bei der Standortauswahl Fehlnutzungen nicht vollständig ausgeschlossen werden können. Der Vorschlag

des Ausschussvorsitzenden Ratsherren Jonas und des Ratsherren Kühn zur Einbeziehung der Ortskenntnis der Stadtbezirksräte wird aufgenommen.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt im Anschluss über den Antrag abstimmen. Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Beschluss:

„Nach dem Vorbild des Spendenprogramms „Mein Baum für Braunschweig“ wird ein Spendenprogramm für Sitzbänke in Parks sowie an geeigneten Straßen und Plätzen im gesamten Stadtgebiet entwickelt und umgesetzt. Dabei sollen auch kleinere Spendenbeträge möglich sein. Die Spender*innen sollen die Möglichkeit bekommen, über den Standort „ihrer“ Bank mitzuentcheiden und ab einem noch festzulegenden Betrag eine Plakette an der Bank anbringen zu lassen, die einen frei wählbaren Text, z.B. den Namen der Spender*innen, enthält.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept für ein solches Bankspendenprogramm zu entwickeln und den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 zum Beschluss vorzulegen. Dieses Konzept soll auch erste mögliche Standorte für zusätzliche Bänke beinhalten. Diese Standorte sollen zunächst so gewählt werden, dass sie sich zum einen im Idealfall über das gesamte Stadtgebiet verteilen, dass der Aufwand für die Verwaltung allerdings möglichst gering gehalten wird. Diese Liste mit möglichen Standorten soll in den kommenden Jahren bei Bedarf sukzessive ergänzt werden.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4.2. Patenschaft für Baumscheiben

24-24468

Ratsfrau Johannes bringt den Antrag ein, begründet ihn und bittet um Zustimmung. Der Antrag wird trotz Bedenken bezüglich der Umsetzbarkeit von den Ausschussmitgliedern unterstützt.

Auf die Nachfrage von Frau Wanzelius erläutert Herr Loose die Konkurrenz um Nährstoffe, Wasser und Wurzelraum zwischen Jungbäumen und Unterpflanzung. Wurzelschäden bei Altbäumen seien zu vermeiden. Ratsfrau Arning führt versicherungstechnische Bedenken an. Ratsfrau von Gronefeld bittet um rechtliche Prüfung, inwieweit sich diese in Form von einem Haftungsausschluss ausräumen lassen. Herr Loose merkt an, dass bei Unfällen die Frage nach der Kostenübernahme durch die Krankenversicherungen aufgeworfen wird. Stadtrat Herlitschke sagt zu, dass die geäußerten Bedenken und Anmerkungen in die Prüfung des Antrags durch die Verwaltung einbezogen werden.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos ist von 16:19 bis 16:25 Uhr abwesend.

Auf die Rückfrage von Ratsherren Wirtz konkretisiert Ratsfrau Johannes, dass sich der Antrag sowohl auf länger nicht bepflanzte als auch auf bepflanzte Baumscheiben bezieht.

Protokollnotiz: Stadtrat Herlitschke ist ab 16:29 Uhr abwesend und kehrt in der Beratungspause zurück. Ratsfrau Göring ist von 16:31 Uhr an abwesend und kehrt in der Beratungspause zurück.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt im Anschluss über den Antrag abstimmen. Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie ein Patenschafts-Programm zur Bepflanzung von leeren oder älteren Baumscheiben umgesetzt werden könnte.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas unterbricht die Sitzung für eine Beratungspause von 16:33 bis 16:42 Uhr. Bürgermitglied Weiß verlässt die Sitzung zur Beratungspause.

5. Doppelhaushalt 2025/2026 - Investitionsprogramm 2024-2029 zu 24-24507 dem Teilhaushalt des Fachbereichs 67

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas geht die Anfragen, Stellungnahmen, Anträge und Ansatzveränderungen aus den Anlagen 1 und 4 einzeln durch. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Stadtrat Herlitschke und Herrn Loose beantwortet.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos ist von 17:24 bis 17:29 Uhr abwesend. Ratsherr Wendt ist von 17:33 bis 17:35 Uhr abwesend. Herr Lange verlässt um 17:36 Uhr die Sitzung. Ratsherr Wendt, Ratsfrau Mundlos, Bürgermitglied Dr. von Kaehne und Bürgermitglied Dr. Garbe verlassen um 17:39 Uhr die Sitzung. Herr Loose, Herr Kriwet und Frau Lewandowski verlassen um 17:48 Uhr die Sitzung.

Der Ausschuss berät und stimmt über die vorliegenden Anträge und Ansatzveränderungen einzeln ab, um anschließend über die Gesamtvorlage 24-24507 in Kombination mit der Ergänzungsvorlage 24-245707-01 zu beschließen. Der kombinierte Antrag auf Passieren lassen der Vorlagen 24-24507 und 24-24507-01 wird mehrheitlich bei einer Gegenstimme abgelehnt.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

„Dem Doppelhaushaltsplanentwurf 2025/ 2026, soweit er in die empfehlende Beschlusszuständigkeit des Umwelt- und Grünflächenausschusses fällt, und den in den Anlagen

1. Anfragen/Anregungen (Anlage 1)

2. Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Doppelhaushalt 2025/2026 (Anlage 2)

3. Ergebnishaushalt (Anlage 3)

4. Finanzhaushalt/ Investitionsprogramm (Anlage 4)

aufgeführten Änderungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis zu den Vorlagen 24-24507 und 24-24507-01:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Anlagen:

Anlage 1:

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahmen zu den Anfragen und Anregungen der Anlage 1 zur Kenntnis.

Anlage 2: keine

Anlage 3: keine

Anlage 4:

FWI SBR 310 und FWI 130: **Abgelehnt** - dafür: 1, dagegen: 9, Enthaltungen: 0

FWI 147: **zum Antrag auf Passieren lassen** - dafür: 9, dagegen: 0, Enthaltungen: 1

FWI 131: **Abgelehnt** - dafür: 1, dagegen: 8, Enthaltungen: 0

FWI 132: **zum Antrag auf Passieren lassen** - dafür: 10, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

FWI 173: **zum Antrag auf Passieren lassen** - dafür: 10, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

FWI 174: **Abgelehnt** - dafür: 1, dagegen: 9, Enthaltungen: 0

FWI SBR 221, FWI 133 und 150: **zum Antrag auf Passieren lassen** - dafür: 8, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

FWI SBR 321 und SBR 111: **Abgelehnt** - dafür: 0, dagegen: 8, Enthaltungen: 0

FWI SBR 112: Aufgrund des Sachverhalts, ist keine Abstimmung notwendig und der Antrag wird als erledigt angesehen.

FWI 69 und 70: **Angenommen** - dafür: 8, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

FWI 71, 72, 73a und 73b: **Angenommen** - dafür: 8, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

FWI 74a, 74b, 75a, 75b: **Angenommen** - dafür: 8, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

5.1. Doppelhaushalt 2025/2026 - Investitionsprogramm 2024-2029 zu 24-24507-01 dem Teilhaushalt des Fachbereichs 67

Die Vorlage wird zusammen mit der Ursprungsvorlage 24-24507 behandelt und abgestimmt.

Beschluss:

„Dem Doppelhaushaltsplanentwurf 2025/2026, soweit er in die empfehlende Beschlusszuständigkeit des Umwelt- und Grünflächenausschuss fällt, und den in den Anlagen

1. Anfragen/Anregungen (Anlage 1)

2. Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Doppelhaushalt 2025/2026 (Anlage 2)

3. Ergebnishaushalt (Anlage 3)

4. Finanzhaushalt/Investitionsprogramm (Anlage 4)

aufgeführten Änderungen wird zugestimmt.“

Ergebnis:

Über die Vorlage 24-24507-01 wurde en bloc mit der Vorlage 24-24507 abgestimmt.

6. Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 zu 24-24463 den Teilhaushalten des Fachbereichs 68 Umwelt und des Re- ferats 0680 Grün- und Freiraumplanung

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas geht die Anfragen, Stellungnahmen, Anträge und Ansatzveränderungen aus den Anlagen 1 bis 6 einzeln durch. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Gekeler beantwortet.

Protokollnotiz: Frau Spanuth ist von 17:52 bis 18:03 Uhr abwesend. Ratsfrau Göring ist von 17:53 bis 17:56 Uhr abwesend. Ratsherr Schnepel ist von 17:54 bis 17:56 Uhr abwesend. Ratsfrau Johannes ist von 17:55 bis 17:58 Uhr abwesend. Ratsfrau Lerche verlässt um 17:59 Uhr die Sitzung. Ratsfrau Johannes und Ratsherr Kluth verlassen um 18:00 Uhr die Sitzung.

Der Ausschuss berät und stimmt über die vorliegenden Anträge und Ansatzveränderungen einzeln ab, um anschließend über die Gesamtvorlage 24-24463 und in Kombination mit der Ergänzungsvorlage 24-24463-01 zu beschließen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

„Dem Entwurf der Teilhaushalte und dem Investitionsprogramm 2024 - 2029 der Teilhaushalte

- Fachbereich 68 Umwelt
- Referat 0680 Grün- und Freiraumplanung

wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen/-gruppen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung gefassten Beschlüsse zugestimmt. Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen.“

Abstimmungsergebnis zu den Vorlagen 24-24463 und 24-24463-01:

dafür: 4 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Anlagen:

Anlage 1:

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahmen zu den Anfragen und Anregungen der Anlage 1 zur Kenntnis.

Anlage 2:

FU 156: **Abgelehnt** - dafür: 1, dagegen: 5, Enthaltungen: 0

Anlage 3:

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

FWE 101, 102 und 103: **zum Antrag auf Passieren lassen** - dafür: 6, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

FWE 104: **Abgelehnt** - dafür: 0, dagegen: 6, Enthaltungen: 0

Anlage 4:

FWI SBR 321 und SBR 321: **Abgelehnt** - dafür: 1, dagegen: 5, Enthaltungen: 0

FWI 167: **Abgelehnt** - dafür: 1, dagegen: 5, Enthaltungen: 0

FWI 175: **zum Antrag auf Passieren lassen** - dafür: 6, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

Anlage 5:

1.55.5522.01 und 1.56.5610.04: **Angenommen** - dafür: 6, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

Anlage 6:

76a und 76b: **Angenommen** - dafür: 6, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

77a und 77b: **zum Antrag auf Passieren lassen** - dafür: 6, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

78: **Angenommen** - dafür: 6, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

79a, 79b, 80a, 80b, 81, 82a, 82b und 83: **Angenommen** - dafür: 6, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

6.1. Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 zu 24-24463-01 den Teilhaushalten des Fachbereichs 68 Umwelt und des Referats 0680 Grün- und Freiraumplanung

Die Vorlage wird zusammen mit der Ursprungsvorlage 24-24463 behandelt und abgestimmt.

Beschluss:

„Dem Entwurf der Teilhaushalte und dem Investitionsprogramm 2024 - 2029 der Teilhaushalte

- Fachbereich 68 Umwelt
- Referat 0680 Grün- und Freiraumplanung

wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen/-gruppen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung gefassten Beschlüsse zugestimmt. Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen.“

Ergebnis:

Über die Vorlage 24-24463-01 wurde en bloc mit der Vorlage 24-24463 abgestimmt.

7. Fortschreibung Landschaftsrahmenplan der Stadt Braunschweig 24-24147

Herr Gekeler bringt die Beschlussvorlage ein und bittet um Zustimmung. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder. Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt im Anschluss über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

„Der Landschaftsrahmenplan der Stadt Braunschweig wird fortgeschrieben.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Einführung einer Klimawirkungsprüfung ("Klima-Check")

24-24424

Stadtrat Herlitschke führt in die Vorlage ein, erläutert die Hintergründe und bittet um Zustimmung.

Auf die Nachfrage von Bürgermitglied Räder erläutert Stadtrat Herlitschke, warum bei Beschlussvorlagen zu Klimaschutzmaßnahmen auf eine Begründung verzichtet werden kann.

Auf die Anregung von Ratsfrau Arning sagt Stadtrat Herlitschke zu, zur nächsten Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses am 26.11.2024 eine Ergänzungsvorlage einzubringen, um Dach- und Fassadenbegrünung explizit in die Checkliste der Klimawirkungsprüfung aufzunehmen.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt im Anschluss über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

„Der Einführung einer Klimawirkungsprüfung von Beschlussvorlagen entsprechend des unten dargestellten Verfahrens wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem "Förderverein Riddagshausen - Naturschutz und Bürgerschaft e.V." sowie Annahme einer Zuwendung

24-24451

Herr Gekeler bringt die Beschlussvorlage ein und bittet um Zustimmung. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder. Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt im Anschluss über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

„1. Dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Förderverein Riddagshausen - Naturschutz und Bürgerschaft e.V. entsprechend dem als Anlage beigefügten Entwurf wird zugestimmt.

2. Der Annahme der Sachzuwendung des Fördervereins Riddagshausen - Naturschutz und Bürgerschaft e.V. für die Kosten der kindgerechten Überarbeitung der Dauerausstellung im Naturerlebniszentrum Haus Entenfang im Wert von ca. 8.900 € wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

10.1. Mündliche Anfragen

Es werden keine mündlichen Anfragen eingebracht.

Zur Sitzung liegt eine Einwohneranfrage vor. Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas begrüßt die anwesende Frau Kühne und bittet sie, ihre Anfrage vorzubringen. Die Einwohnerfragestunde wurde nach Top 5.1 abgehandelt.

Frau Kühne stellt folgende Frage:

Ab dem 01.01.25 sollen alle American Bullys in der Steuer von 120 € auf bis zu 800 € erhöht werden. Fragen: 1. Welchen Auslöser haben Sie jetzt gesehen, um diese Rasse steuerlich neu einzustufen und was soll damit bezweckt werden, wenn die Erhöhung nicht nur bei Neuanschaffungen Anwendung findet? 2. Welche Möglichkeiten sieht der Umwelt- und Grünflächenausschuss aufgrund der starken Resonanz der Bürger/innen, um diese Maßnahme zurück zu nehmen, auch in Hinblick auf die entstehenden Herausforderungen für den Tierschutz?

Stadtrat Herlitschke weist die Fragestellerin darauf hin, dass der Umwelt- und Grünflächenausschuss für die Beantwortung der Frage nicht zuständig ist. Nachfragen können daher vor Ort nicht beantwortet werden. Die Fragestellerin wurde hierüber vorab informiert und nimmt dies zur Kenntnis. Auf die Einwohneranfrage antwortet Stadtrat Herlitschke wie folgt:

Zu 1: Die steuerliche Veränderung in der Veranlagung des „American Bully“ als gefährlicher Hund basiert auf einer kürzlich erfolgten Neubewertung, die sich auf ein Gerichtsurteil und andere Informationen stützt.

Diese Quellen legen nahe, dass es sich beim American Bully nicht wie bislang vermutet um eine eigenständige, offiziell anerkannte Hunderasse handelt, sondern um eine Kreuzung. Diese Kreuzung umfasst die nach der Hundesteuersatzung der Stadt als gefährlich eingestuften Hunderassen „American Staffordshire Terrier“ und „Pit Bull Terrier“. Kreuzungen von „gefährlichen Hunden“ gelten nach der Satzung ebenfalls als gefährliche Hunde.

Mit der Geltendmachung des Steuersatzes für „gefährliche Hunde“ würde die Verwaltung die Erkenntnisse aus der Neubewertung für die „American Bullys“ umsetzen und die bisherige Einstufung korrigieren.

Damit würde die Verwaltung im Sinne der Gleichbehandlung aller Hundebesitzer tätig werden. Eine zeitlich zurückwirkende Geltendmachung des erhöhten Steuersatzes ist allerdings nicht vorgesehen.

Die Verwaltung nimmt aber die starke Resonanz der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die Petition mit rd. 1.850 Unterstützenden und die zahlreichen Kommentare in den Medien, wahr. Es zeigt, dass das Thema viele Menschen bewegt und unterschiedliche Interessen berührt, darunter auch den Tierschutz. Die Verwaltung ist sich zudem auch der finanziellen Belastung und der emotionalen und sozialen Bindung zwischen Haltern und ihren Hunden bewusst.

Zu 2: Für den Umwelt- und Grünflächenausschuss besteht keine Entscheidungsmöglichkeit in dieser Angelegenheit, da Fragen der Besteuerung nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.

Die Stellungnahme wird im Nachgang an die Sitzung schriftlich Frau Kühne zur Verfügung gestellt.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas schließt um 18:48 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses.

gez.
Jonas
Ausschussvorsitzender

gez.
Herlitschke
Stadtrat

gez.
Herden
Protokollführung